



Unsere Zukunft. Unsere Verantwortung.

**Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit e. V.
(Bündnis KJG)**

Chausseestraße 128 / 129 • 10115 Berlin
T 030 4000 588-0 • F 030 4000 588-8
kontak@buendnis-kjg.de • www.buendnis-kjg.de

Stand: September 2026

Stellungnahme zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung 2026

Stellungnahme der Kommission globale Kindergesundheit, Klima und Umwelt, FB II Klima und Umwelt e.V. (Bündnis KJG),

Kinder und Jugendliche sind von den gesundheitlichen und sozialen Folgen des Klimawandels in besonderem Maße betroffen. Aufgrund ihres noch in Entwicklung befindlichen Körpers, ihrer längeren zukünftigen Expositionsdauer sowie ihrer begrenzten Möglichkeiten zur Selbstanpassung tragen sie ein überproportionales Risiko für gesundheitliche Folgen des Klimawandels.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir grundsätzlich alle politische Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Folgen. Wir stellen aber mit Sorge fest, dass die aufgeführten Maßnahmen nicht ausreichen, um den Klimawandel effektiv für kommende Generationen einzudämmen. Der Expertenrat für Klimafolgen bewertet das Programm als ungenügend, um die Anforderungen des Klimaschutzgesetzes zu erfüllen und attestiert den Verfasser:innen ein „geringes Ambitions- und Innovationsniveau“ (1). Auch beruhen die Daten auf Messungen von 2025. Bedauerlicherweise wurden danach klimaschonende Gesetzesänderungen der Vorgängerregierung wie zum Beispiel die Besteuerung von Agrardiesel oder Kerosin revidiert, sodass von weniger Emissionseinsparungen auszugehen ist und die Signale der Regierung wesentlich von den Intentionen im Klimaschutzprogramm abweichen.

Als Bündnis für Kinder- und Jugendgesundheit, in dem die kinder- und jugendmedizinischen Gesellschaften und Fachverbände Deutschlands, Kinderkrankenpflege und Elternverbände zusammengeschlossen sind, vermissen wir jeglichen Bezug auf Gesundheitsaspekte sowie Maßnahmen der Prävention.

Zwar wird im Abschnitt „sozio-ökonomische Auswirkungen von Klimaschutz“ darauf hingewiesen, dass „der Klimawandel [...] soziale Ungleichheiten verstärkt“ (2), jedoch wird in den verschiedenen Sektoren lediglich darauf eingegangen, wie finanzielle Ungleichheiten ausgeglichen werden können. Dass die „Klimaungerechtigkeit“ vulnerable Gruppen besonders trifft und soziale Maßnahmen nach sich ziehen muss, bleibt im Papier unerwähnt.

Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen stellen einen der Lebensmittelpunkte von Heranwachsenden dar. Hier könnten regierungsseitige Förderungen zum Beispiel zur Begrünung von Schulhöfen oder der Installation erneuerbarer Energieträger nicht nur emissionseinsparende, sondern auch pädagogische Wirkung zeigen. Im Anbetracht kommender Hitzewellen darf eine rasche und engagierte Umsetzung von Hitzeaktionsplänen in Schulen und Kindergärten nicht in der Hand engagierter Einzelpersonen liegen sondern muss regierungsseitig gefordert und gefördert werden.

Mit der Schaffung von Kälteinseln gerade in sozialen Brennpunkten wären ebenfalls effektive Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit im Bezug auf den Klimawandel getroffen. Auch wird darauf hingewiesen, dass einkommensschwächere Haushalte mit einer CO₂-Bepreisung schlechter zurechtkämen als wohlhabende. Hier könnte die Einführung des Klimageldes wie bereits seit langem geplant einen möglichen sozialen Ausgleich schaffen. Erwähnung findet diese Maßnahme nicht.

Im Sektor „Verkehr“ werden Emissionseinsparungen vornehmlich durch die Elektrifizierung von Fahrzeugen geplant. Erneut muss hier auf die nachgewiesenermaßen positiven gesundheitlichen und klimatischen Effekte eines Tempolimits hingewiesen werden (3). Maßnahmen wie der Ausbau von Fahrradwegen und ÖPNV finden zwar Erwähnung, konkrete Maßnahmen werden aber nicht genannt.

Zusammenfassend verfolgt das Klimaschutzprogramm 2026 zwar wichtige Ziele zur Emissionsreduktion und zur Transformation zentraler gesellschaftlicher Bereiche. Eine engagierte, nachhaltige und generationengerechte Klimapolitik darf sich jedoch nicht auf technische und ökonomische Zielgrößen beschränken.

Kinder und Jugendliche werden die gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen heutiger Entscheidungen über den längsten Zeitraum tragen. Die Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedürfnisse ist daher keine ergänzende Perspektive, sondern eine zentrale Voraussetzung einer verantwortungsvollen Klimapolitik.

Literatur

- 1) Expertenrat für Klimafragen. Erreichung der Emissionsminderungsziele erfordert Nachbesserungen am Klimaschutzprogramm 2026. Berlin; 25.3.2026. Verfügbar unter: <https://expertenrat-klima.de/presse/pressemitteilung-zur-stellungnahme-zum-entwurf-des-klimaschutzprogramms-2026>
- 2) Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN). *Klimaschutzprogramm 2026 (KSP 2026)*. Berlin: Bundesregierung; 2026. Verfügbar unter: <https://www.bundesumweltministerium.de/download/klimaschutzprogramm-ksp-2026>

- 3) Friedrich, M., Bawidamann, J., & Schmaus, M. (2024). Modellierung der Umweltwirkung von Tempolimit-Maßnahmen auf Autobahnen und außerorts (Texte 176/2024). Umweltbundesamt. Verfügbar unter:
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/modellierung-der-umweltwirkung-von-tempolimit>

Federführung: Dr. Henriette Högel; Dr. Stephanie Lorenz

**Mitglieder der Kommission globale Kindergesundheit, Klima und Umwelt, FB II
Klima und Umwelt**

Dr. Stephanie Boßerhoff (DGSPJ), Dr. Henriette Högl (Kindernetzwerk), PD Dr. Dirk Holzinger, Dr. Stephanie Lorenz (DGKJ), (DGKJ), Dr. Christof Wettach (BVKJ)

Korrespondenzadresse:

Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit e.V.
Chausseestr. 128/129, 10115 Berlin
Tel.: 030.4000588-0, Fax.: 030.4000588-88
e-Mail: kontakt@buendnis-kjg.de
Internet: www.buendnis-kjg.de